



Für den Schutz der Meinungsfreiheit in Bangladesch

Sehr geehrte Frau Premierministerin,

Im vergangenen Jahr hatte Ihre Regierung zugesagt, das Informations- und Kommunikationstechnologiegesezt (Information and Communication Technology Act) zu überprüfen. Unter ihm sind mehr als tausend Menschen festgenommen worden. Ersetzt wurde es durch das neue digitale Sicherheitsgesetz (Digital Security Act). Leider wird dieses ebenfalls dazu benutzt, Menschen zu bestrafen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch genommen haben. Kurz nach Inkrafttreten des Digital Security Act ist am 16. Oktober 2018 im Distrikt Sherpur ein Menschenrechtsverteidiger wegen Diffamierung und Untergrabung von „Recht und Ordnung“ inhaftiert worden, nur weil auf seinem Facebook-Account ein satirisches Bild veröffentlicht worden war. Am 1. Januar 2019 wurden zwei Journalisten, die über Wahlunregelmäßigkeiten berichteten, im Distrikt Khulna festgenommen, weil sie angeblich „unwahre Informationen“ verbreitet sowie „illegales Einholen von Informationen“ und andere Straftaten begangen hatten. Im Zeitraum zwischen Oktober 2018 und Januar 2019 wurden mehr als 60 Personen im Rahmen des Digital Security Act festgenommen, hauptsächlich wegen der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist durch die Verfassung Bangladeschs und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte geschützt, zu dessen Unterzeichnern Bangladesch gehört. Es gibt legitime Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die jedoch notwendig und verhältnismäßig sein müssen. Nach dem Digital Security Act ist bei nicht weniger als 14 Straftaten nicht einmal Kautionszahlung möglich. Bei wiederholter Straftat droht sogar lebenslange Haft.

Freie Meinungsäußerung schließt das Recht ein, Regierungen und ihre Politik zu kritisieren. Menschen sollten niemals für eine friedlich geäußerte Meinung bestraft werden. Meinungsfreiheit ist auch in einer Zeit wichtig, in der sich Bangladesch der Welt öffnen und den Handel mit dem Land fördern will. Unternehmen brauchen Raum für den freien Ideenfluss. Ohne Räume, in denen die Meinungsfreiheit garantiert und geschützt ist, wird das Unternehmertum erstickt. Im 21. Jahrhundert wird die wirtschaftliche Entwicklung von Wissen und Ideen, von Technologie und Innovation angetrieben. Das gegenwärtige Umfeld in Bangladesch, in dem die Menschen zu viel Angst haben, frei zu sprechen oder zu schreiben, steht diesen Ambitionen im Weg. Durch den Wegfall der repressiven Bestimmungen des Digital Security Act und die Förderung und den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung kann sich Bangladesch zu einem sicheren Ziel für ausländische und private Investitionen entwickeln.

Wir bitten Sie daher:

1. Aufhebung des Digital Security Act, sofern es nicht in Übereinstimmung mit dem internationalen Menschenrechtsgesetz einschließlich des ICCPR, zu dem Bangladesch ein Vertragsstaat ist, geändert werden kann.
2. Entkriminalisierung von Diffamierung
3. Entlassen Sie alle Personen, die im Rahmen des Digital Security Act und des vorhergehenden Gesetzes über Informations- und Kommunikationstechnologie festgenommen wurden, um von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen.

1

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
---------------	-----------	--------------

2

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
---------------	-----------	--------------

3

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
---------------	-----------	--------------

4

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
---------------	-----------	--------------

5

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
---------------	-----------	--------------

Datenschutzhinweis: Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. verarbeitet Ihre angegebenen Daten nur für die Durchführung dieser Petition. Die Daten werden an den oder die Adressaten der Petition übergeben. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.amnesty.de/datenschutzhinweise

Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis zum 10.6.2019 an die Adresse Bangladesch-Koordinationsgruppe, Waldquellenweg 29, 33 647 Bielefeld.
T: +49 521 459333, E: kontakt@amnesty-bangladesch.de, www.amnesty-bangladesch.de

Verantwortlich: AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., SPENDENKONTO Bank für Sozialwirtschaft
• IBAN: DE23370205000008090100 • BIC: BFSWDE33XXX Stichwort: Gruppe 2213 (Bangladesch)